



GETTY IMAGES/KASSANDRA VERBOUT/DIE POSAUNE

EU kann sich nicht auf Beschlagnahme russischer Vermögenswerte einigen

- Richard Palmer
- [22.12.2025](#)

Die Europäische Union hat am Donnerstag einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einem Superstaat gemacht, der jedoch durch einen großen Fehler überschattet wurde.

Die EU wollte über 200 Milliarden Euro an eingefrorenen russischen Vermögenswerten, die sich in Europa befinden, an sich reißen und dieses Geld dann der Ukraine geben. Dies ist seit Wochen der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung der EU. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz sagte, die EU werde „auf Jahre hinaus schwer geschädigt“, wenn sie nicht durchgreife. Die Chefin der EU-Außenpolitik, Kaja Kallas, sagte, Europa habe „keinen Plan B“.

Gestern haben sie versagt und sind zu Plan B übergegangen.

Es ist demütigend, aber wahrscheinlich eine gute Sache für die EU. Wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs wollen, dass der Euro zur Weltreservewährung wird, können sie sich nicht einfach die Vermögenswerte von Ländern aneignen, die sie nicht mögen.

Der Hauptgrund für das Scheitern der Bemühungen um Russland ist jedoch eine Erinnerung an all die Möglichkeiten, die die EU nicht hat, um ein Superstaat zu sein:

- Die meisten der Vermögenswerte, die sie beschlagnahmen wollten, befinden sich in Belgien.
- Ein Gericht könnte das Vorgehen der EU für illegal erklären. Dann müsste das kleine Belgien allein 200 Milliarden Euro zahlen, eine gigantische Summe für ein winziges Land.
- Belgien sagte, dass es nur dann zustimmen würde, wenn der Rest der EU zusagen würde, das Risiko zu teilen.
- Deutschland war bereit, mitzumachen, Frankreich und andere südeuropäische Länder waren es nicht.

Dies veranschaulicht einen wichtigen Punkt. Ein Superstaat zu sein bedeutet nicht nur, eine Flagge, eine Hymne, ein Parlament, einen Gerichtshof, einen Präsidenten und sogar so etwas wie eine Verfassung, eine Küstenwache und ein diplomatisches Korps zu haben. Die EU hat all diese Dinge bereits. Aber auf einer sehr langweiligen, praktischen Ebene läuft es auf eine gemeinsame Schuld hinaus. Sind Sie eine Gewerkschaft, die Risiken und Konsequenzen teilt, oder ist jede Nation auf sich allein gestellt?

Deshalb ist der Plan B der EU immer noch wichtig. Die EU als Ganzes wird 90 Milliarden Euro leihen und an die Ukraine verleihen. Es ist eine gemeinsame Schuld.

Während des COVID haben die europäischen Nationen diesen Weg eingeschlagen, indem sie einige Schulden geteilt haben. Vor kurzem haben sie sich darauf geeinigt, einen Kredit in Höhe von 150 Milliarden Euro aufzunehmen, um die Verteidigungsausgaben zu finanzieren. Jetzt hat sich dieser Trend beschleunigt.

Nicht jeder hat mitgemacht. Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik drohten, ein Veto einzulegen, wenn sie nicht aussteigen könnten. Dies bestätigt, dass die EU ihre Mitgliederzahl reduzieren muss, um ein Superstaat zu werden.

Das Weltgeschehen drängt die Europäische Union dazu, ein Superstaat zu werden – genau wie Herbert W. Armstrong es gemäß der biblischen Prophezeiung vorausgesagt hat.